

„Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Einzelpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10.- M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8.50 M. Für Ver-
triebsstellen sämtlicher Vorbestellungen der Expedition zugerechnet. Unter Erwerb
besten für Deutschland und Österreich 18.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M.
Inländisch halbes Kreuzschilling, von Brief für Deutschland und Österreich 10.- M.
Wahlkreise, Expedition und Verlag: Berlin E. S. Breite Straße 30.

Die achtspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 1.- M., einschließlich
Leitungsgeld. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 1.- M., jedes weitere
Wort 1.50 M., einschließlich Leitungsgeld. Leisende Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche
in Wohn-Anzeigen des fertigen Blatt 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4625, 4649, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Rettung vor den Hohenzollern

Die Gefahr im Sommer 1919

Vor dem Schöffengericht in Königsberg fand am letzten Sonnabend ein Befeidigungsprozess statt, der weit über die Grenzen Ostpreussens hinaus von Bedeutung ist. Der Redakteur des Ostpreussischen Heftblattes „Deutsche Aufgaben“, Herr Beckmann, hatte den früheren Oberpräsidenten von Batocki den Vorwurf der Feigheit gemacht, weil er mit der Revolution partiiert und im Sommer 1919 eine nationalistische Erhebung in Ostpreussen verhindert habe. Der Prozess führt uns mitten in die Wiederbestimmung vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages hinein und deutet die großen Gefahren auf, die damals die deutsche Republik bedrohten. Der Kläger, Herr von Batocki, führte zuerst aus, daß er nach der Revolution im Amt geblieben sei und mit dem Arbeiter- und Soldatenrat partiiert habe, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Zusammenfassend führte er dann aus:

Schon damals bestand die ständige Angst vor einem Putsch von rechts. Ich versprach alles zu tun, um den Putsch zu verhindern und habe deshalb auch mit Herrn Rapp mehrfache Zusammenkünfte gehabt. Als in der Provinz Ordnung geschaffen war, konnte man sich mit der Polenfrage beschäftigen. Viele glaubten, Wil-
son oder Scheidemann werden helfen. Über von Berlin aus geschah nichts. Eine Partei nach der anderen fiel um, der Frieden wurde unterzeichnet. Es war damals eine große militä-
rische Begeisterung für die Verteidigung der Ostmark vorhanden. Nur die Sozialdemokraten waren dagegen und drohten im Fall eines militärischen Vorgehens mit dem Generallstreik. Ich schrieb damals einen Artikel, daß sich die ostpreussischen Provinzen selbständig machen müßten. Schon im Oktober 1918, als der Kaiser noch in der Regierung war, wurden von konservativen Leuten Ber-
handlungen mit Litauen und Polen angeknüpft. Das habe ich damals unfruchtbar. Als aber die Revolution ausbrach, be-
weirte ich, daß das ostpreussische Volk so ruhig blieb.

Vor dem Friedensvertrag wurde dann vielfach der Plan be-
sprochen, aus Ostpreussen, Westpreussen und Bromberg einen selbst-
ständigen Staat zu bilden. Wenn das Reich den Friedensvertrag un-
terschrieb, sollte sich der geplante Staat für selbständig er-
klären. Dieser Gedanke ist leider, ich glaube nicht durch meine
Mühen, totgefallen. In Berlin wurden die Abgeordneten der
Ostprovinzen zusammenberufen und Verhandlungen angebahnt.
Nur die Abgeordnete, Frau Schürzmaier unterstützte mich,
die Regierung aber sagte, ein bewaffneter Aufstand dürfe nicht
gemacht werden. Am 22. Juni erhielt ich dann die Nachricht,
daß die Truppen zum Kampf entschlossen seien. In Danzig er-
hielt ich aber General Otis von Below einen Tag später,
daß der Putsch sei endgültig ausgefallen. Hat in Königsberg
war die Stimmung noch sehr lebhaft. Auch General Scholz,
in Mäusenstein erklärte, er wolle mit seinen Truppen noch kämpfen.
Ich war schon zu spät. Die Danziger Arbeiter wollten die
Kanonen demolieren, der Generallstreik wäre tödlich ausge-
brochen, es mußte also abgeblasen werden.

Regierungspräsident von Below (Schnelldemühl) sagte als
Bezug: „Es wurde damals die Gründung eines Oststaates ernst-
lich erwogen, der sich mehr oder weniger loslösen sollte vom deut-
schen Reich. Ich habe mich zunächst ablehnend dazu verhalten. ...
So viel mir bekannt ist, hat sich Herr von Batocki etwas näher
mit diesem Gedanken eingelassen. Oberpräsident von Batocki,
Präsident von Posen, waren als Führer des neuen Staates aus-
gerufen. Die Führer der Grenzschutztruppen hatten einen Vor-
marsch vorbereitet. Man hoffte ganz Posen zurückzuerobern.

In der Provinz Posen waren Volkstürme eingeleitet. Man haupt-
sächlich auch Geheimrat Kleinow beteiligt war. Moran hatte
eine nationale Hochstimmung hervorgerufen, und wir brauchten
diese Hochstimmung, wenn wir Posen erobern wollten. Zweitens
brauchten wir sie, um einen moralischen Eindruck auf die Entente
auszuüben, die einsehen sollte, daß der Osten sich den Bestim-
mungen des Versailler Friedensvertrages wahrscheinlich nicht fügen
würde. Die Führer der Bewegung waren keine Postulanten. Im
19. Juni führten Oberpräsident Schnadenburg und ich nach Wei-
mar, wohin wir gerufen wurden, während sich Oberpräsident
von Batocki bereits dort befand. Dort waren wir Zeugen der
Erklärung der entscheidenden Fragen. Die Generale hofften
darauf, daß, wenn der Osten sich erheben würde, und wenn er sich
dem Friedensschlusse des Reiches nicht fügen würde, daß eine mili-
tärische Erhebung erfolge würde, daß die Provinz Posen
zurückerobern werden könne. Minister Heine äußerte, daß es ganz
ausgeschlossen wäre, daß der Osten sich vom Reich trenne. Die
Vertreter der Sozialdemokraten erklärten, sie würden in diesem
Falle sofort den Generallstreik anordnen, und griffen die Generale
scharf an. Außerdem wurde erwogen, daß, wenn der Osten selbst-
ständig vorgehen würde, die Entente im Westen vorrücken und
die Gebiete schweren Schaden erleiden würden. Es wäre da-
durch ein schwerer Mißstand zwischen dem Westen und Osten entstanden.
Was all dem aus zu schließen, daß wir etwaige Erfolge im Osten
nicht hätten aufrechterhalten können. Die Sache wäre noch schlim-
mer gekommen, als sie bereits war. Dieses alles brachte mich zu
der Überzeugung, so schnell wie möglich von Weimar nach Brom-

berg zu fahren, um die Hochstimmung der Bevölkerung schnelligst
abzubauen.

Auf General v. Below hoffte damals alles in der deut-
schen Vereinigung in den deutschen Volksträten. Man sah in ihm den Mann, der die militärische Führung des
Unternehmens leiten würde. Ich sprach ihn telephonisch. Er ant-
wortete mir: Bitte kommen Sie nicht. Ich habe alle Kampf-
absichten ausgegeben und werde auch jede Einzelaktion verhindern.
Das Zentrum der Bewegung war also gewichen. Der Führer
lehnte es ab, mitzumachen, ein anderer Führer aber war nicht da.
In der Nacht zum 25. Juni soll nun Geheimrat Kleinow bei
Herrn von Batocki und Herrn von Oppen gewesen sein und
ersteren bestärkt haben, sich an die Spitze einer Bewegung zu
stellen.

Herr v. Batocki bestätigte diese Aussage und fügte hinzu, daß
Geheimrat Kleinow als schon abgeblasen war, noch einmal zu ihm
gekommen sei und erklärt habe: er wolle den Kampf noch wagen.
Man werde schon einen anderen Führer finden. Er selbst, Ba-
tacki, Herr von Oppen und ein Sozialdemokrat sollten die Re-
gierung des neuen Staates übernehmen. Auf dieser unsicheren
Basis habe er das Anerbieten ablehnen müssen. Kleinow habe
ihm darauf sehr erregt gesagt, das werde in seiner, Batockis,
Familienchronik ein Schandfleck sein.

Höchst interessant ist, was der Angeklagte Beckmann vor Ge-
richt als seine Auffassung über die „Lösung des Ostproblems“ be-
urteilte. Er meinte:

„Die Lösung des Ostproblems hätte Männer erfordert, die mit
allen Nerven darauf trachteten, wie der deutsche Boden zu
retten war. Man hätte jederzeit vor der Bewirkung eines
Planes gestanden, nach dem der ehemalige Kaiser aus Holland
geholt und an die Spitze einer monarchistischen Bewegung gestellt
werden sollte. Die Stimmung hierfür wäre vorhanden gewesen,
v. Batocki hätte dann aber nicht mitgemacht. Er, Beckmann,
habe damals gepredigt, man solle sich nicht auf v. Batocki ver-
lassen, der Osten wäre verloren, wenn man auf ihn rechte.“

Der „Sozialdemokrat“, der die Regierung mit übernehmen sollte,
war Herr August Winnig. Beckmann wurde schließlich zu
300 M. Geldstrafe verurteilt.

Durch die vorstehenden hochpolitischen Darstellungen wird
die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen
Partei zur Friedensfrage glänzend gerechtfertigt.
Sie hat damals die Massen mobil gemacht, weil sie wußte,
daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages einem
neuen Krieg gleichgekommen wäre. Diesen Krieg hätten
aber nicht die Arbeiter geführt, sondern die monarchistischen
Generäle. Die nationalistische Hochstimmung hätte die sozialistische
Bewegung erdrückt, die Massen wären in neues Elend ge-
stoßen worden, während im Hintergrund des Verbrechens
die drohende Gefahr eines neuen Kaiserreiches auf der Lauer
lag. Das mögen sich auch diejenigen merken, die heute noch
nach der hohlen kommunistischen Phrase glauben,
daß damals eine neue revolutionäre Erhebung
möglich gewesen wäre, wenn die U. S. P. D. nicht „versagt“
hätte. Die Aktion der U. S. P. D. im Sommer 1919 rettete
Deutschland vor dem völligen Zerfall und vor der Herrschaft
der Hohenzollern!

Krise in der Reichsregierung?

Einberufung einer Kabinettsitzung

Heute vormittag fand im Stenographisch des Reichstages
die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Beschleunigung
die Abstimmung des Reichsnotopfers statt. Was nach den Verhand-
lungen der letzten Tage sich ankündigte, wurde zur Tatsache. Die
bürgerlichen Parteien leiteten die Verabschiedung des
Gesetzes ab. Bei der Abstimmung ergab sich, daß für
das Gesetz nur stimmten Zentrum, Sozialdemokraten, Unabhängige
und Kommunisten. Der Abstimmung enthielten sich die Demo-
kraten. Gegen den Gesetzentwurf stimmten Deutschnationalen und
Deutsche Volkspartei. Daraus erklärte der Finanzminister, daß
das für die Regierung ein unerträgliches Zustand sei.
Wie verlautet, ist auf 1 Uhr eine Kabinettsitzung ein-
berufen, in der Stellung zu dieser Situation genommen werden
soll.

Die Reaktion in Frankreich

Prozess gegen die Gewerkschaften

Paris, 16. Dezember.

Heute nachmittag hat der Prozess gegen den Verwal-
tungsrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbun-
des (C. G. T.) vor dem Strafgericht begonnen. Angeklagt sind
die Gewerkschaftsleiter Janssard, Dumoulin, Laurent, Dapierre
und Calozentrach. Sie werden beschuldigt, das Gesetz über die Ge-
werkschaften übertreten zu haben, indem sie durch, daß sie nicht
rechtmäßig gebildete Gewerkschaften aufgenommen hätten, und
dann, daß sie innerhalb der Gewerkschaften Politik getrie-
ben hätten.

Der irische Freiheitskrieg

Seit vielen Monaten erfüllen die Nachrichten aus Irland
die Welt mit Schrecken und Bangen. Täglich meldet der
Londoner Draht von Nord, Brandstiftungen, Einäscherungen
ganzer Dörfer auf der irischen Insel. In den letzten Tagen
hat der Kriegsbrand auch das englische Festland ergriffen;
in Liverpool wurden Magazine und Fabriken nieder-
gebrannt, zum Schutze von Downingstreet, dem Sitz Londons
Georges und Bonar Lawes, wurden Barricaden aufgeführt.
Das entsetzliche Schauspiel, das Irland bietet, ist nicht
das Bild eines Aufruhrs, sondern eines Bürgerkrieges, des
Krieges, den die Dail Eireann, die irische Nationalversamm-
lung, feierlich und öffentlich erklärt hat.

Siebeneinhalb Jahrhunderte lang kämpft England um die
Herrschaft über Irland. Siebenmal hat England unter
großer Machtanspannung Irland zu erobern versucht. Es
hat seine besten Soldaten, seine wagemutigsten Söhne über
den Georgschanal geschickt, um das widerspenstige irische Volk
unter sein Szepter zu beugen, es gewalttätig zu englischer
Ordnung und Sitte und Wesen zu zwingen. Fast den ge-
samten Landbesitz haben die englischen Eroberer allmählich
an sich gerissen, die Iren als Pächter und Kätner geknechtet
oder in die unwirtlichen Sümpfe und Moore gejagt. Aber
der britische Kraftaufwand blieb vergebens; Irland beugte
sich nicht. In einem kleinen Bruchteil dieses Zeitraums ver-
mochte sich Britannien ein stolzes Weltreich zu unterwerfen,
dessen ungeheurer Herrschaftsbogen das afrikanisch-asiatische
Festland vom Südpol über Kairo und Bagdad bis Kasattia
umspannt, Kanada und Australien verbindet und mehr als
vierhundert Millionen Menschen innerhalb seines Imper-
iums eint. Über das viereinhundertmillionenförmige Reiten-
volk auf dem irischen Eiland ist der mächtigsten britischen
Herrschaft widerstanden. Weder Härte noch Macht, weder der
jahrhundertelange grausame Vernichtungskrieg noch die
sanfte, liberale Periode der großzügigen Agrarreform in den
letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts, die dem
irischen Volke den ihm geraubten Grund und Boden
wiedergab, vermochte im irischen Volke den mächtvollen
Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit zu ersticken. Immer
aus neue flammte der nie erloschene Funken der irischen
Revolution auf, deren Ziel nun die „grüne Republik“ ist,
Irland als Republik die volle Freiheit zu erringen, über sein
staatliches Geschick zu bestimmen.

Seit 1800, seit Irland aus einer Kolonie Britanniens zu
einem im Londoner Parlament vertretenen Teil des ver-
einigten Reiches geworden war, kämpft das irische Volk um
Homerule: Selbstregierung, Selbstverwaltung. In dem
Kampfe um Homerule hüllte sich der Kampf der irischen
Pächter gegen die englischen Landlords, der katholischen Ar-
bewohner gegen die protestantischen Eindringlinge, des
irischen Nationalismus gegen die englische nationale Vor-
herrschaft. In dem Maße, wie die sozialökonomischen Ele-
mente des Kampfes durch die Agrarrevolution, die die Herr-
schaft der Landlords brach und den Grund und Boden prak-
tisch wieder als Eigentum den Pächtern gab, abgeschwächt
wurden, in dem Maße erstarkten die nationalen und reli-
giösen Elemente des Kampfes. Homerule war zur unab-
weislichen Notwendigkeit geworden und wurde 1886 und 1893
versucht und schließlich erstkaft im Jahre 1906 von der zur
Herrschaft gelangten liberalen Partei in der Tat vorbereitet.
Im Sommer 1914 war Homerule endlich trotz des Wider-
standes des Oberhauses und der Unionisten Gesetz geworden.
Das Gesetz aber leitete eine neue schwere Krise ein.

Als es 1912 eingebracht wurde, hatten die zwanzig Abge-
ordneten der Provinz Ulster erklärt, ein irisches Parlament
in Dublin nie anzuerkennen. In der Nordostseite Irlands
hätte sich die Ansiedlung der ehemaligen englischen und
schottischen Kolonisten zu der volkreichen, industriellen und
wohlhabenden Provinz Ulster mit der großen Hafen- und
Dachstadt Belfast als Zentrum entwickelt. Die Ulsterleute
fühlten sich stets als Engländer, als die Nachkommen der
Herrschaft, die die Iren unterworfen und diesem armen un-
wissenden Volke Wohlstand und Kultur gebracht hatte. Die
Vorstellung, von diesem gering geschätzten, ja verachteten
Widerstand auf, der überdies durch die konfessionellen Gegen-
sätze genährt wurde. Die Iren sind Katholiken, die Ulster-
leute Protestanten und Presbyterianer; sie fürchteten, daß
Homerule zu Homerule, daß die Herrschaft der Iren zur
Herrschaft der katholischen Kirche würde. So rüstete sich 1912
Ulster in aller Öffentlichkeit zum bewaffneten Bürgerkrieg,
der von den englischen Unionisten und Militaristen offen ge-
schürt wurde. Die Offiziere, die ausersehen waren, in Ulster
mit Truppen zu landen, erklärten, unter keinen Umständen
gegen die Ulsterleute zu kämpfen. Der Ausbruch des Krie-
ges beendete vorläufig die schwere Krise. England konnte,
verstrickt in den Weltkrieg, nicht gleichzeitig einen Bürgerkrieg
wagen. Ein besonderes Gesetz setzte das Homerulegesetz
während der Kriegsdauer außer Kraft.

Die irischen Revolutionäre erachteten indes Englands Ver-
legenheit als Irlands Gelegenheit: die Weltkriegs sollte zum
Ausgang des Entscheidungskampfes zwischen England und
Irland werden. Daß es London mit der Homerule nicht
ernst meine, dessen wurden sie bewußt, als sich 1916 derjelbe

Flovd George, der Homerule zum Gesetz erhob, mit den Todfeinden der Homerule, mit den Unionisten, verhand. Zehn-tausend Irländer standen als Freiwillige in Waffen. Die revolutionäre Bewegung hatte das Land entflammt. Die Gelegenheit war günstig, Waffen waren zur Hand. Am Ostermontag 1916 brach der Aufstand in Dublin los. Eine Proklamation verkündete die Gründung der „Irish Republican Army“. Auf dem eroberten Regierungsgebäude in Dublin wurde die grüne Flagge gehißt. Jedoch nach einem acht-tägigen Kampf brach der Aufstand im überlegenen Feuer der englischen Maschinengewehre und Geschütze blutig zusammen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung sowie alle, die mit Waffen in der Hand aufgegriffen wurden, wurden standrechtlich erschossen, alle der Rebellion Verdächtigen eingekerkert, die Presse unterdrückt; in Dublin herrschte grausam der Säbel; England verwandelte Irland in eine einzige große britische Garnisonstadt.

Seit Ostern 1916 schleicht die Revolution durch Irland und seit mehr als einem Jahre wickelt sie sich in einem opferreichen, blutigen Guerillakrieg aus. Die irische Revolution in Permanenz hat Irland in der Tat zur Republik gemacht. Die Iren gehören nur der, von der englischen Regierung natürlich nicht anerkannten, Nationalversammlung und der von ihr eingesetzten Regierung, ihren Präsidenten und Verwaltungsbehörden. Diese zieht die Steuern ein, die früher der englischen Staatskasse zufließen; sie unterhält eigene Polizeibehörden und Gerichtshöfe; sie kontrolliert vier Fünftel der gesamten Provinzialverwaltung, vier Fünftel der gesamten Gemeindevverwaltung und fast das gesamte Volksschulwesen. Die englische Regierung ist in Irland in Wahrheit machtlos. Das Homerulegesetz von 1914 hätte, wenn es damals in Kraft gesetzt worden wäre, wahrscheinlich die große Masse der Irländer befriedigt. An dem Widerstand der englischen Herrenklasse, die die Ister zum Kampf gegen das Gesetz ermutigte, ist es gescheitert. Das neue Homerulegesetz, das vor einigen Wochen vom Unterhaus in dritter Lesung beschlossen wurde und für Süd- und Nordirland in Dublin, für Nordirland (Belfast) je ein Parlament schafft, dem ein gemeinsamer „Rat für Irland“ untersteht, erscheint den Iren als unannehmbar. Die Iren wollen heute eben nicht mehr Homerule, sondern völlige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, um als souveräne Republik in vollster Freiheit ihre weitere Zugehörigkeit zum britischen Imperium zu bestimmen. Die englische Arbeiterpartei hat sich mit den kämpfenden Iren solidarisch erklärt und fordert von der Regierung die Zurückziehung aller britischen Streitkräfte aus Irland, die Übergabe der Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hände der örtlichen Behörden jeder einzelnen irischen Gemeinde, die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grund des Verhältnisystems, kurz den vollen Umfang der Rechte, Freiheiten und der Unabhängigkeit, die den britischen Dominions gewährt wird. Aber der englische Imperialismus, der 1914 die Selbstständigkeitsrechte aller Nationen verkündete, verweigert sie der eigenen Nation.

Die Helfershelfer

Laß die Linke nicht wissen, was die Rechte tut

Unser Nachwort zum Prinz-Prozess hat den rechtssozialistischen Journalisten Heilmann auf die Beine gebracht. Er schreibt in seiner Korrespondenz:

„Die „Freiheit“ geheimnist in den Prozess hinein, es hätte sich herausgestellt, daß es noch unaufgelärkte Hintergründe der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs gäbe. Das Gegenteil kann als sicher gelten.“

Herr Heilmann verfällt mit diesen Sätzen wieder in jene Manieren zurück, die er zur Zeit der glorreichen Rosseposstik an den Tag legte. Damals war er es, der jede Schandtate der Soldateska im sozialistischen Sinne zu glorifizieren versuchte, der die weißgardistischen Offiziere in Schutz nahm, den von Rote ausgerichteten Militärismus begeisterte Liebeshymnen sang. Er hat auch das ganze Vertuschungsverfahren, das sich um den Prozess gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gruppierte, verteidigt. Am Ende des Prozesses schrieb er sogar, die Verhandlung sei so objektiv gewesen, daß sie selbst ein revolutionäres Volksgericht nicht besser hätte führen können. Man könnte

also annehmen, Herr Heilmann verfolge eine geradlinige Politik. Aber nein, er hat auch zwischendurch eine andere Auffassung vertreten. Als der Marsoh-Prozess beendet war, wußte er zu melden:

„Die Zweifel, die sich an den Ausgang des Prozesses wegen der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs knüpfen, werden jetzt fast zur Gewissheit verklärt. Dort waren die Beteiligten zu der einmütigen Lage gekommen, die Schuld auf den Jäger Ronge und auf den Leutnant Vogel abzuschieben, den geisteschwachen Ronge preiszugeben und dem Leutnant Vogel ins Ausland zu helfen. Eine neue Untersuchung wird versuchen müssen, den Will der militärischen Vorgesamtheit zu durchbrechen und alle Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.“

Also im Mai 1919 waren die Hintergründe der Mordtat „völlig aufgeklärt“, weil es galt, die kaiserlichen Offiziere Rostes zu schonen. Im Dezember 1919, als die Offiziere die Republik bedrohten, dämmerte Herr Heilmann etwas von einer militärischen Lügengemeinschaft, entdeckte er, daß eine neue Untersuchung alle Schuldigen zur Verantwortung ziehen müßte. Im Dezember 1920, wo es gilt, die Regierungspolitik Scheidemanns in Schutz zu nehmen, gibt es auf einmal keine Hintergründe mehr, und wer es dennoch behauptet, ist ein Phantast. Das ist Heilmann-Politik. Grundsatz: Laß die Linke nicht wissen, was die Rechte tut!

Für etwas sind wir dem Herrn aber dankbar. Er plaudert bei dieser Gelegenheit aus, daß in jenen Tagen „zur Unterstützung der regierungstreuen Soldaten, der Kommandantur mehrere Millionen Mark zur Verfügung“ gestellt wurden. „Dieses Geld wurde durch eine sozialistische Mittelsperson in seinem gesamten Betrag dem Stadtkommandanten Fischer überhändigt, der es ordnungsmäßig verwaltete und bestimmungsgemäß verwendete. Zu Spigel oder gar zu Nordwecken wurde davon natürlich kein Pfennig verwendet.“ So, kein Pfennig? Wie steht es dann mit der Aussage eines früheren Offiziers, der im Prinz-Prozess unter Eid sagte: Es geschahen damals in der Kommandantur allerlei Dinge, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatten?

Mehr Geld für Ebert

Froh Ebert geht es gut. Wenn er eine Aufbesserung seiner Bezüge nötig hat, so wird ihm das Georderte mit vollen Händen von allen Seiten bereitwillig entgegengetragen. Er hat es nicht nötig, einen schweren und opferreichen Kampf um die Verbesserung seines Gehalts zu führen. Bei der Beratung des Etats des Reichspräsidenten im Hauptauschuß des Reichstages stellten das Zentrum und die Demokraten den Antrag, die Aufwandsentschädigung von 100 000 Mark, die der Reichspräsident neben seinem Gehalt von 100 000 Mark bezieht, um weitere 100 000 Mark zu erhöhen. Die ganze Phalanx der Bürgerlichen trat in Gemeinschaft mit den Parteigenossen Eberts ohne mit einer Wimper zu zucken für die Bewilligung dieser Summe ein. Ministerdirektor Dr. Reikner erklärte, der Präsident leiste jetzt aus seinem persönlichen Gehalt Zuschüsse zum Aufwand. Es geht dem guten Ebert also fast so schlimm, wie den im Auslande „hungernden“ Hohenzollern.

Genosse Dr. Rosenfeld erhob Einspruch gegen diese Ausgabe in einer Zeit, in der man dem Volke Sparsamkeit predigte, in der weder für die Arbeitslosen, noch zur Bekämpfung der Kindernot Mittel vorhanden seien. Er nannte Ebert einen Plahhalter für den künftigen Monarchen und erklärte daraus die Sympathien der bürgerlichen Parteien — zwar nicht für den gegenwärtigen Mann auf diesem Posten, aber doch für den Posten selbst. Und was werden, fragte Rosenfeld mit Recht, die Beamten sagen, deren Bezüge man in keiner Gehaltsklasse um auch nur annähernd 100 Prozent erhöhen will, während man dem Reichspräsidenten das Geld so an den Hals wirft. Er gab weiter zu verstehen, daß wir seine Veranlassung haben, für einen Präsidenten hohe Aufwandsentschädigungen zu bewilligen, der durch Antikristlerordnungen das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichtet. Rosenfeld brachte bei dieser Gelegenheit die Verordnung gegen die freitrenden Elektrizitätsarbeiter von neuem zur Sprache und forderte ihre Aufhebung.

Die Entscheidung über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung wurde zunächst vertagt.

Erinnerungen an Beethoven

Nach dem Bericht des Baron de Trémont, Staatsrat von Napoleon

Im Jahre 1809 fuhr der Baron de Trémont nach Wien, um dem Kaiser Napoleon, der in Oesterreich Krieg führte, Beschlüsse des Staatsrates zu überbringen. Trémont war ein Musikfreund, der sich trotz seiner Staatsgeschäfte nicht davon abhalten lassen wollte, in Wien Beethoven zu besuchen. In dem Bericht, den er darüber geschrieben hat, lernen wir Beethoven von verschiedenen Seiten kennen. Wir vermissen dabei mit französischer Deutlichkeit geliebte Erinnerungen zum Beethovenstag und als Nachwort zu den zahlreichen Beschlüssen des Trémont, die seinen Ruhm haben und um allergrößten Teil aus dem Götterglobe belohnt werden konnten.

Bevor Trémont nach Wien fuhr, versuchte er sich ein Empfehlungsschreiben zu Beethoven zu verschaffen, da ihm bekannt war, daß Beethoven sich nur sehr schwer sprechen ließe. Er schreibt nun:

„Ich wandte mich an Reicha, der mir aber sagte: „Ich fürchte, daß mein Brief Ihnen nichts nützen wird. Seitdem Frankreich ein Kaiserreich geworden ist, betrachtet Beethoven den Kaiser und die Franzosen derart, daß er, der erste Geiger Europas, auf der Reife nach Rußland acht Tage in Wien geblieben ist, ohne von ihm empfangen zu werden. Er ist menschenfeind und oedriell, und um ihnen einen Begriff davon zu geben, wie wenig Umstände er macht, wird es genügen, Ihnen zu sagen, daß die Kaiserin ihn eines morgens bitten ließ, bei ihr vorzusprechen. Er antwortete, daß er den ganzen Tag beschäftigt sein würde, aber versuchen wolle, am andern Tag zu kommen!“

Diese Auskunft gab mir die Gewißheit, daß ich mich vergeblich bemühen würde, Beethoven kennen zu lernen. Ich hatte umsonst Ursache, zu befürchten, zurückgewiesen zu werden, da ich in Wien eintrat als die Stadt durch die französische Armee zum zweiten Male beschossen wurde und ich überdies zum Staatsoberhaupt Napoleons gehörte. Dennoch begab ich mich zu dem unzugänglichen Komponisten und drückte an seiner Haustür, daß mein Tag schlecht gewählt war. Da ich später einen offiziellen Besuch zu machen hatte, trug ich die kleine Staatsratsuniform. Zudem wohnte Beethoven unglücklicherweise auf dem Wall, und da von Napoleon dessen Besichtigung befohlen worden war, hatte man eine Mine unter Beethovens Fenster gelegt.

Seine Nachbarn zeigten mir seine Wohnung: „Er ist zu Hause“, sagten sie mir, „aber er hat augenblicklich keine Bedienung; denn er wechselt alle Augenblicke. Es ist zweifelhaft, ob er öffnen will.“ Ich klingelte dreimal und wollte schon forsgen, als ein sehr häßlicher Mann in sichtbar schlechter Laune

öffnete und mich fragte, was ich wollte. „Haben Sie die Ehre, Herrn Beethoven zu sprechen?“ — „Ja, mein Herr, aber ich sage Ihnen zuvor“, antwortete er deutsch, „daß ich sehr schlecht französisch verstehe.“ — „Ich verstehe deutsch nicht besser, mein Herr, aber meine Hochacht bechränkt sich darauf, Ihnen von Paris einen Brief von Herrn Reicha zu bringen.“

Er sah mich an, nahm den Brief und ließ mich eintreten. Seine Wohnung bestand, glaube ich, nur aus zwei Räumen. Der erste enthielt eine geschlossene Kiste mit seinem Bett, war aber so klein und dunkel, daß er in dem zweiten Zimmer oder im Salon seine Toilette machen mußte.

Stellen Sie sich das Unsauberste und Unordentlichste vor: Wasserläden bedeckten den Boden; ein ziemlich alter Hügel, auf dem der Staub mit Blättern vollgeschriebener oder gedruckter Noten um den Platz stritt. Darunter — ich übertrieb nichts — ein noch nicht geleertes diskretes Gefäß. Daneben ein kleiner Tisch aus Kirschbaumholz, der daran gewöhnt war, daß das Schreibzeug darauf oft umgeworfen wurde. Ein Menge Federn voll eingetrockneter Tinte, neben denen die sprichwörtlichen Gießhähnen ausgezeichnet gewesen wären. Die Stühle hatten fast alle Strohhäute und waren mit Kleidungsstücken und Tellern voller Reste vom Abendessen des vorhergehenden Tages bedeckt.

Ich erwartete, daß mich Beethoven nach dem Durchlesen des Briefes verabschieden und daß damit leider unsere Bekanntschaft zu Ende sein würde. Ich hatte den Büren in seinem Zwinger gesehen, das war mehr, als ich hoffen konnte. Ich war also sehr überrascht, als er mich weiter anjah, den Brief, ohne ihn zu öffnen, auf den Tisch legte und mir einen Stuhl anbot — und noch viel mehr erkannt, als er anfang, mit mir zu plaudern. Er erkundigte sich nach meiner Uniform, meinem Amt, meinem Alter, dem Zweck meiner Reise — ob ich Musiker wäre, ob ich mich in Wien aufhalten müßte. Ich antwortete ihm, daß der Brief von Reicha ihm ungefähr alles das, und zwar besser erklären würde, als es mir möglich sei.

„Nein, nein! Sprechen Sie nur“, sagte er, „aber langsam, da ich sehr schwerhörig bin; ich werde Sie schon verstehen.“ Ich machte ungläubliche Anstrengungen, mich auszudrücken, und er setzte ebenfalls allen guten Willen daran. Mit einem Wort: Wir verstanden uns, der Besuch dauerte beinahe dreiviertel Stunden und ich mußte ihm versprechen, wiederkzukommen.

Ich ging folger fort, als Napoleon in Wien eingezogen war: ich hatte Beethoven erodert. Während meines Aufenthaltes in Wien gab er mir häufig ein Stillschweigen, und für mich allein improvisierte (das heißt: phantastierte) er am Klavier bis zu zwei Stunden hintereinander.

Beethovens Improvisationen haben mich die vielfach lebhaftesten musikalischen Erregungen in meinem Leben verursacht.

Die Gernegroße

Die hiesigen kommunistischen Organe melden triumphierend die Vereinigung der kürzlich aus der österreichischen Sozialdemokratie herausgeworfenen Ständergruppe mit den österreichischen Kommunisten. Wie es mit dem Kommunismus in Oesterreich wirklich aussieht, zeigt das Resultat der Wiener Arbeiterratswahlen. Die Sozialdemokraten erhielten 93 Prozent, die Kommunisten 5 Prozent und die Hinausgeworfenen 1,8 Prozent der Stimmen. Dabei waren wahlberechtigt nur die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten. Die Resultate in der Provinz werden für die Kommunisten noch ungünstiger ausfallen. Das wird aber die Kommunisten nicht abhalten, die deutschen Arbeiter weiter mit der großen „vereinigten kommunistischen Partei“ in Oesterreich zu verführen.

Gleich noch ein anderer Schwindel. In England sollen sich die englischen Kommunisten ebenfalls zu einer „großen“ vereinigten Partei verbinden. Wie es damit auch dort in Wirklichkeit aussieht, zeigen die Angaben, die uns unsere Freunde von der Unabhängigen englischen Arbeiterpartei auf der Konferenz in Bern gemacht haben. Danach kann in England von einer nennenswerten kommunistischen Bewegung überhaupt keine Rede sein. Es handelt sich höchstens um 3000 Leute, die bisher in drei Parteien zerfielen, die gegenseitig mehr bekämpften als die Bourgeoisie. In Glasgow, wo die Kommunisten noch am stärksten vertreten sind, hätten ihre Kandidaten bei den Gemeindevahlen kürzlich im ganzen — 300 Stimmen erhalten, in Edinburgh 22 resp. 38 und in Manchester ganze 60 Stimmen bei 3000 Stimmen der J. L. P.!

Die Entwaffnungsaktion

Berlin, 17. Dezember

Nach Ablauf der für die freiwillige Waffenablieferung festgesetzten Frist hat der Reichs-Entwaffnungskommissar Dr. Fetscher auf Grund des Entwaffnungsgesetzes Zwangsdurchsuhungen für das ganze Reich angeordnet. Mit Vornahme dieser Zwangsdurchsuhungen ist am heutigen Vormittag auch in Berlin begonnen worden, und zwar hat die Durchsuhung zunächst im Westen Berlins eingesetzt. In der nächsten Zeit werden auch andere Stadtviertel Groß-Berlins einer Durchsuhung nach Waffen unterzogen. Die Durchsuhungen erfolgen durch Kriminalbeamte der Abteilung Ia in Verbindung mit der Schutzpolizei. Der Berliner Polizeipräsident hat den Beamten bei ihren Amtshandlungen schonendstes Vorgehen zur Pflicht gemacht, vertraut aber auch darauf, daß die Bevölkerung durch vorhändliches Entgegenkommen der Polizei ihren schweren Diensten erleichtert.

Die Reaktionskreise werden sich um diese Anordnung nicht kümmern. Sie haben gute Verstecke und glänzende Verbindungen nach oben und nach unten.

Eine neue Mörderregierung

III. Budapest, 17. Dezember

Gestern wurde folgende amtliche Ministerliste publiziert: Premierminister: Csikó (provisorisch); Vizepräsident: Szabó; Innenminister: Ferdinand; Finanzminister: Hegyes; Außenminister: Szabó; Justizminister: Tomossy; Ministerpräsident: Szabó; Landwirtschaftsminister: Tomossy; Arbeitsminister: Szabó; Kriegsminister: Tomossy. Diese Auflistung erfolgt auf Wunsch des Finanzministers aus Sparsamkeitsgründen. Man sieht mit Spannung der Programmrede des Ministerpräsidenten entgegen, ein fast größeres Interesse jedoch wird dem Finanzprogramm entgegengebracht, das für Montag angelegt ist.

Getreide für Oesterreich. Die Wiener Reparationskommission erhielt aus London die Verständigung, daß 90 000 Tonnen Getreide für Oesterreich geliefert sind, die sofort zur Verfügung stehen. Oesterreich hat nur bis Ende April genügend Getreide zu seiner Ernährung.

Schweden kündigt den Handelsvertrag. Die schwedische Regierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag auf den 16. März 1921 gekündigt.

Ich kann versichern, daß man die ungeheure Tragweite seines Talents nur unvollkommen kennt, wenn man ihn nicht nach seinem Gefallen improvisieren gehört hat. In seiner stark impulsiven Art sagte er mir wiederholt, nachdem er einige Akkorde angeschlagen hatte: „Es fällt mir nichts ein, lassen wir es diesmal.“ Dann plauderten wir über Philosophie, Religion, Politik und besonders über Shakespeare, seinem Abgott, immer in einer Sprache, Deutsch-Französisch, die die Zuhörer, wenn welche dagewesen wären, zum Lachen gebracht hätte.

Beethoven war kein geistreicher Mensch, aber er war unterrichtet. Die Abgeschliffenheit seiner Cholosigkeit, seine Lautheit, sein öfterer Aussenhalt auf dem Lande — alles das hatte ihn veranlaßt, sich dem Studium der griechischen und lateinischen Schriftsteller und mit besonderer Begeisterung dem Shakespeare zu widmen. So war seine Unterhaltung, wenn nicht sehr ansprechend, so doch wenigstens originell und merkwürdig.

War er an dem Tage, den er für eine Improvisation bestimmt hatte, gut ausgelegt, dann war er erhaben.

Ich fragte ihn, ob er nicht Frankreich kennen lernen möchte. „Ich habe es lebhaft gewünscht“, antwortete er, „bevor es sich einen Herrscher gab. Nun ist mir die Luft vergangen, dennoch möchte ich gern in Paris die Symphonien Mozarts hören, die das Konservatorium, wie ich höre, besser ausführt, als es sonst irgendwo geschieht.“

Am kaiserlichen Hof zu Wien hielt man ihn für einen Republikaner. Weit davon entfernt, ihn zu protegieren, wußte deshalb auch der Hof niemals der Ausführung eines seiner Werke bei. Napoleon war sein Held gewesen, solange er der erste Kaiser der Republik blieb. Nach der Schlacht bei Marengo arbeitete er an der Heldenhymne (Crocata), um sie ihm zu widmen. Sie wurde 1802 fertig, als man anfing, davon zu sprechen, daß Napoleon sich tödnen lassen und danach Deutschland unterwerfen würde. Beethoven zerriß seine Widmung und übertrug seine Abneigung auf die französische Nation, die sich unter das Joch gebeugt hatte. Dennoch beschäftigte ihn die Größe Napoleons ungemein, und er sprach oft mit mir darüber. In all seiner üblen Laune erkannte ich, daß er bewunderte, wie Napoleon von so niedriger Stellung emporgestiegen war. Das Schmeichelsteine seinen demokratischen Ideen. Dieser Menschenscheu hat sich auch unter das Joch der Libelle gebeugt. Man weiß nicht, wer die Gullotta war, der er selbstschämliche Briefe schrieb; aber man mußte, daß sie bedauerlicherweise verheiratet war. Eine starke Neigung empfand er auch für die Gräfin Marie Erdödy.

Infolge des Waffenstillstandes besetzten wir Währn, wofin ich als Intendant geschickt wurde. Ich verbrachte da vier Monate. Als der Vertrag von Wien diese Provinz an Oesterreich zurückkehrte, kehrte ich nach Wien zurück, wo ich Beethoven in den alten Verhältnissen wiederfand. Ich erhielt dann den Befehl, mich sofort

Die Beamtenbewegung

Vertrauensmißbrauch durch die Zentrale

U. Frankfurt a. M., 17. Dezember.

In der überfüllten Stadthalle erstatteten gestern Abend die nach Berlin entsandten Frankfurter Delegierten des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten Bericht über die Berliner Verhandlungen, die das Ergebnis hatten, daß die Urabstimmung über den Streik abgelehnt wurde. Die Berichterstatter und die Diskussionsredner wandten sich nachdrücklich gegen die Verbandsleitung, die diesen Beschluß herbeigeführt habe, und forderten von neuem zu energischem Vorgehen in der Lohnfrage im Januar auf, wenn nötig zum Streik. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der gegen den Vertrauensmißbrauch durch die Zentrale protestiert und erklärt wird, daß sich die Frankfurter Post- und Telegraphenbeamten der gewerkschaftlichen Disziplin unwiderruflich nur noch bis zum 10. Januar 1921 fügen und sich weitere Maßnahmen vorbehalten, wenn der Existenzkampf bis dahin nicht aktiv wieder aufgenommen sei. Andere Resolutionen sprechen zwei Berliner Führern des Reichsverbandes das schärfste Mißtrauen aus und verlangen den Vertretern des Reichsverbandes im Vorstand des Reichsverbandes die weitere Anerkennung, da sie die Stimmung der Beamten kannten und sich trotzdem gegen die Urabstimmung wandten.

Arbeiterlohn und Beamtengehalt

In der ersten Beilage seiner Ausgabe vom 15. Dezember veröffentlicht die „Vorwärts“ eine Zuschrift unter der Überschrift „Arbeiterlohn und Beamtengehalt“. In einer redaktionellen Einleitung bemerkt die Redaktion dazu, daß sie dem mit Feig Tam bezeichneten Schreiben um so lieber Raum gebe, als sie das Problem „Arbeiterlohn und Beamtengehalt“ einmal „gründlich beleuchte“. Spricht schon daraus eine merkwürdige Auffassung der Redaktion, daß sie die etwa 50 Zeilen lange Zuschrift als eine gründliche Beleuchtung des allerdings sehr wichtigen, aber auch sehr komplizierten Problems bezeichnet, so ist es noch weit merkwürdiger, daß die Redaktion die Behandlung dieses Themas gerade in dem gegenwärtigen Augenblick für zweckmäßig hält.

Der Verfasser der Zuschrift geht den um ganz bescheidene Gehaltsaufbesserungen kämpfenden Beamten mit dem Nachweis zu Werke, daß es den Arbeitern doch noch viel schlechter ginge. Kräfte abgebrauchte Agitationen, wie z. B. der Hinweis darauf, daß die Arbeiter die Pension für die Beamten aufbringen müßten, werden von neuem aufgeführt. Die Arbeitszeit der Beamten wird mit der Arbeitszeit der Arbeiter verglichen und aus alledem wird geschlossen, daß man mit einem Donnerwetter zwischen das „blödsinnige Geschwätz“ fahren müsse, daß für die Beamten alles „zu teuer sei, weil die Arbeiter zu hohe Löhne forderten. Das ist, soweit es die Löhne als Grund für hohe Preise bezeichnet, natürlich ein blödsinniges Geschwätz. Aber wir sind der Überzeugung, daß es von der Masse der unteren und mittleren Beamten heute nicht mehr vorgetragen wird, denn sie haben doch schon erkannt, daß die höheren Lohnforderungen der Arbeiterschaft genau die gleiche Berechtigung haben wie ihre Gehaltsansprüche. Vor allem ist das kein Grund, die mehr als fähige Behauptung aufzustellen, daß die Beamten verdienen fast doppelt so viel wie die Arbeiter. Weiß man im „Vorwärts“ nicht, daß die Beamten nur um das Existenzminimum kämpfen?

Eine Deputation von Berliner Beamten, die sich zur rechtssozialistischen Partei bekennen, brachte darum auch in einem Schreiben an den „Vorwärts“ ihren Unwillen über diese Anreizung der Beamten zum Ausdruck und forderten von der Redaktion des Blattes die Aufnahme ihres Protestes. Die Redaktion lehnte das ab. Da wir indes in der Lage sind, uns vollständig mit der Auffassung der Beamten zu identifizieren, bringen wir den wesentlichen Teil dieser Rundgebung nachfolgend zum Ausdruck. Die Beamten schreiben u. a.:

Mit Erregung nehmen Unterzeichnete insofern Kenntnis von obigem Artikel, da es doch gerade Aufgabe des Zentralorgans der Reichssozialistischen Partei sein müßte, Gegenstände, wenn solche überhaupt zwischen Arbeitern und unteren Beamten in wirtschaftlicher Beziehung auskommen, oder bestehen in wirtschaftlicher Beziehung auskommen, oder bestehen in Wahrheit zuwiderlaufende Artikel erzeugt und veröffentlicht.

als Intendant nach Kroatien zu begeben. Dort blieb ich ein Jahr und empfing dann meine Ernennung als Präsekt, und den Befehl, mich nach Paris zu kommen. Ich konnte also weder Wien besuchen noch Beethoven wiedersehen.

Die Beethoven-Feyer der Staatsoper begann gestern mit einem Festkonzert, das musikalisch vollkommen gelungen war. Heute Abend folgt der „Fidelio“ und Sonntag mittag ein Balkonzert, in dem die Symphonie aufgeführt werden wird. Wie es in der Beethoven- und bei Beethoven ausfiel, erfahren unsere Leser aus dem angehenden Bericht, den wir heute an der Spitze des Feuilletons veröffentlichen. Dem grübelnden, leidenden, gottersüchtigen Künstler hätten Kalenderfeste wie diese also wohl wenig zugelegt. Aber doch kann kaum an ihre Stelle wesentlich Besseres gesetzt werden, so lange wir noch keine Art gefunden haben, wie eine Nation ihre großen Söhne feiern soll. Das setzt eine Gemeinschaft voraus, die wir noch lange nicht haben werden. Selbst Volkstheater, Arbeiteraufführungen, Gratismassenveranstaltungen, dies alles wäre doch nur ein ärmlicher Ersatz, wenn nicht das Volk als Ganzes mit einem solchen Künstler im Geiste längst ein geworden ist.

Unter den gegebenen Umständen muß man also Beethoven-Feyern hinnehmen, wie sie sind, in ihrer Halbheit und Verlogenheit. Denn was hat so ein glanzverfülltes Haus mit halbnackter Frauen und Männern, die „dabeisein“ wollen, mit der Seele des Künstlers zu tun? Wäre ihm nicht das Leben leichter und die Kunst noch vollkommener geworden, wenn er nur über das vernünftige hätte, was gestern in einer einzigen Partiturreihe an Steuerleistungen hinterzogen beizusammenlag? Der Staat hat in dieser Feyer gewiß keine Pflicht musikalisch erfüllt. Nur daß dieser Staat das Instrument einer schmutzigen Gesellschaft ist, die uns gerade bei solchen Anlässen mit ihren Gefühls- und Leibern ansetzt.

Nach einer Feyerrede von Professor Oscar Wie, die nach Geist und Ausdruck mehr zu Mozart als zu Beethoven paßte, spielte S. J. mit ganz vollendeter Reife und romantischen Poesie das Klavier. Die 3. Symphonie gab Dr. Karl W. u. a., besonders den 2. und 4. Satz, wie aus einem Guß. Wie gewöhnlich stief das Violinquartett etwas aus dem Rahmen, diesmal durch opernhafte Frauenstimmen. Umso höherer lang der Chor das Lied an die Freude, die, wie Schiller meinte, bindet, was die „Mude“ (heute sagen wir: die Klasse!) „streng gewahrt“. Einmal wird sie wieder blinden, und das wird die schönste Beethovenfeier sein!

Dieser Absatz der Zuschrift der Beamten trifft durchaus den Kern. Die Veröffentlichung einer solchen Zuschrift ist in der Tat scharf zu beurteilen, weil es im gegenwärtigen Augenblick ein Verbrechen am Gesamtinteresse aller arbeitenden Schichten ist, einen Keil zu treiben zwischen die um das nackte Existenzminimum kämpfenden Beamtenmassen und die Arbeiterschaft. In diesem Augenblick erscheint es uns als die höchste Pflicht der sozialistischen Presse, die Solidarität zwischen Beamten und Arbeitern auf das sorgfältigste zu pflegen. Der „Vorwärts“ aber trägt durch solche Veröffentlichung dazu bei, es zu zerstören.

Ein Gewaltakt

Fröhliche Weihnachten der Kriegsofizer

Gestern mittag gegen 12 Uhr erhielt die Lazarettkommission Berlin-Brandenburg Nachricht, daß das Baradenlazarett Tempelhofer Feld aufgelöst werde. Die Auflösung sollte gewaltsam durchgeführt werden. Die Telefonapparate waren für alle dienstlichen und außerdienstlichen Gespräche auf Anordnung des stellvertretenden Chefarztes Dr. Scharf geschlossen.

Genossen! Metallarbeiter!

Eine wichtige Entscheidung steht bevor. Der Kampf um eure engere Ortsverwaltung ist der Kampf um die Erhaltung der Gewerkschaften.

Die Berliner Metallarbeiter haben zu zeigen, daß sie das Gebot der Stunde erkannt haben. Es heißt:

Wahrung der Massenorganisationen, des letzten Bollwerks gegen die Reaktion, vor mutwilliger Zerstörung.

Wer die Macht der Arbeiterklasse steigern, wer das Proletariat vor völliger Verelendung und politischer und sozialer Rechtslosigkeit bewahren will, werbe und stimme für die Liste Ziska-Urich.

Am 5 Uhr rühten die Insassen der fünf größten Berliner Lazarette in Automobilen, auf Selbstfahrern und Krücken in großen Massen an. Ueber 400 Berliner Lazarettinsassen erschienen, um die vergewaltigten Kameraden zu unterstützen.

Da die Insassen des Baradenlazaretts sich einstimmig geweigert hatten, das Lazarett zu verlassen, gab der Oberregierungs-Medizinalrat Dr. Heder als Vertreter des Hauptversorgungsamtes und Dr. Scharf den Begleitern der Automobile der Krankenanstalt, Alexandrinenstraße, den Befehl, die Kriegsbeschädigten mit Gewalt zu verladen. Da die Transporteure sich weigerten, die Kranken gegen ihren Willen anzufahren, wurde eine Hundertschaft der Sicherheitspolizei alarmiert. Eine Patrouille von 6 Mann besetzte die Telefonapparate, um die Kranken gegen jede Hilfe von der Außenwelt abzuschneiden. Als die 6 Mann der Sicherheitswehr dann aufgefordert wurden, die Patienten gewaltsam zu entfernen, weigerten auch sie sich, sich an Kriegsbeschädigten zu vergreifen. Als die übrigen Lazarettinsassen anrückten, hatten sich die Sicherheitspolizei und Dr. Heder und Dr. Scharf bereits entfernt.

In einer spontan einberufenen Versammlung sprachen die Vertreter der Lazarettkommission Biebig und Bauer, der Vertreter der Arbeitergemeinschaft der Lazarettärzten, Apotheker, Schwestern, Angestellten und Arbeiter Kalpricht und der Vertreter des Internationalen Bundes Bergmann. Einstimmig beschlossen die Versammelten in jedem Wiederholungsfall sich geschlossen wie eine Mauer gegen jede Vergewaltigung des Reichsarbeitsministeriums (Dr. Ritter) und des Hauptversorgungsamtes (Dr. Heder) und der übrigen Behörden zu wenden. Die Lazarettinsassen erklärten, die Lazarett niemals auflösen zu lassen, ehe die von ihnen gewählten Vertrauensleute und die Lazarettkommission Berlin-Brandenburg gefragt seien. Sie wandten sich in scharfer Form gegen die von dem Arbeitsministerium durch den vollständig verlassenen und unfähigen Oberregierungsrat Dr. Casar autorisierte sogenannte Vertrauensmännerordnung. Herr Regierungsrat Dr. Heder sagte, daß ihm vom 1. Januar andere Gewaltmittel zur Verfügung ständen, um die Lazarett aufzulösen.

Beethoven-Feyern des Proletariats

Auch die Berliner Arbeiterschaft versuchte mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Beethoven zu feiern. Als besonders gelungen erweisen wir die Veranstaltungen von Pichtenberg und vom 10. Distrikt, in denen einführende Vorträge den musikalischen Darbietungen (Klavier, Gesang, Blöfne) vorausgingen.

Uebermorgen Sonntag, veranstaltet das Reichsamt in der Aula des Kaiser Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser Friedrich-Straße, eine Beethovenfeier unter Mitwirkung von Dr. Alfred Guttmann (Vortrag), Sidnes Biben (Gesang) und dem Schramm-Trio. Anfang 7 Uhr. Eintrittskarten für 50 Pf. im Rathaus, Zimmer 226 und an der Abendkasse.

Am Gustav Landauer

Frankfurt a. M., 16. Dez. Die „Frankf. Nachrichten“, ein Blättchen für sogenannte gute Bürgerkreise, haben ihren Feuilleton-Redakteur Dr. Rudolf Frank, der einen guten literarischen Namen hat, kurzerhand auf die Straße gesetzt, weil er das Verbrechen begangen hatte, die Arbeit von Gustav Landauer als Uebersetzer aus dem Englischen (!) zu loben und Landauer einen „edlen und reinen Toten“ zu nennen. Das Verhalten des Verlags ist konsequent, als das Verhalten der bürgerlichen Journalistenvereinigungen, die dagegen „protestieren“. Nachdem die bürgerliche Presse von ganz links bis ganz rechts durch schamlose Verleumdung, so z. B. daß Landauer in München Weibergemeinschaft gepredigt habe, die Nordstimmung vorbereitet hatte, tut sie nun recht, wenn sie sich nicht im Feuilleton nachträglich ins Gesicht schlagen läßt. Jetzt nach der wicklichen Ermordung Landauers ihn einen „edlen und reinen Toten“ zu nennen, ist übrigens nicht schwer. Wir würden uns für den ganzen Fall mehr interessieren, wenn ein Theaterkritiker während der Kaiserherrschaft in München, Landauer in dieser Weise in Schutz genommen hätte. Er wäre zwar dann auch hinausgeworfen worden, aber wir zweifeln, ob Journalistenverbände und Kunstträte dagegen in der gegenwärtigen Presse mobil gemacht hätten, wie es heute geschieht.

Weihnachtsstunden für die Jugend

Das soziale Weihnachtsfest für Kinder ist eine Feyer zu den Maria-Konzerten. Die Konzerte sind, die am Sonntag, den 18. Dezember und den folgenden Tagen die Uhr nachmittags in der Aula der Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser Friedrich-Straße, stattfinden. Zur Aufführung gelangt „Hoffe und Grotte“, Form 2. bis 11. Dezember täglich drei Vorstellungen, nachmittags 3 und 5 Uhr, in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser Friedrich-Straße, am 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Rathaus, Zimmer 226 und an der Abendkasse.

Gegen die Gewerkschaftszersplitterer

Der Moskauer Schumacher hat in Jagen i. M. am Dienstag in einer großen Gewerkschaftsversammlung über seine Reiseindrücke geredet. Erfolg — die nachstehende Resolution:

Die am 14. Dezember 1920 in Jagen tagende Allgemeine Gewerkschaftsversammlung ist nach den Ausführungen des Referenten M. Schumacher, Berlin, nach reiflicher Ausprache der Ansicht, daß die Geschlossenheit und Tatkraft der deutschen, sowie der internationalen Gewerkschaften erhalten bleiben muß.

Die Versammlung stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London und verpflichtet sich durch den revolutionären Klassenkampf der Gewerkschaften die Entwicklung mit aller Energie vorwärts zu treiben, um den Kapitalismus niederzuringen und den Sozialismus zu verwirklichen.

Dem russischen Proletariat bekundet die Versammlung ihre volle Sympathie und Solidarität in seinem Kampfe gegen den Kapitalismus, erwartet jedoch, daß sich die russischen Genossen mit uns gemeinsam in der bestehenden Gewerkschaftsinternationale zusammenschließen, und von ihrem Plane, — Schaffung einer neuen Gewerkschaftsinternationale — Abstand nehmen, um so erfolgreiche Arbeit im Interesse des Proletariats der gesamten Welt zu leisten, damit auf diesem Wege die Befreiung der Arbeiterklasse schleuestens herbeigeführt wird. Die Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen irgendwelche Zersplitterungsaktionen in den bestehenden Gewerkschaften.

Die Entschließung wurde auch von fast allen anwesenden Kommunisten angenommen; die Beschlüsse der von Schumacher und von einem kommunistischen Diskussionsredner angegriffenen „gelben“ Internationale wurden also gebilligt. Unter anderem wenden sich diese Beschlüsse scharf gegen die von Rostau und den Kommunisten betriebenen Zersplitterungsarbeit in den Gewerkschaften. Nun sage noch jemand, die Kommunisten seien konsequent.

Der Nikolai-Skandal vor Gericht

Nachdem Professor Friedrich Nikolai durch antisemitisch-nationalistische Studenten unter Führung des inzwischen wegen Unterschlagung für das Rittchen reif gewordenen Bier-Timpel angepöbel worden war, hatte der hohe Senat der Berliner Universität mit Mayer an der Spitze eine Entscheidung herbeigeführt, in der er sich auf die Seite des ständeherrlichen Akademikerpöbels stellte. Nikolai hat deswegen einen Prozeß gegen den früheren Rektor der Universität, Mayer, sowie gegen die 12 früheren Mitglieder des Senats angestrengt.

Rechtsanwalt Dr. Schweitzer hob als Rechtsbeistand Nikolais hervor, daß die Entscheidung des Senats sich in Wahrheit gar nicht mit dem Verhalten der ständeherrlichen Studenten beschäftigt habe, sondern nach Form und Inhalt ein Disziplinarurteil über Professor Nikolai darstelle. Obwohl der Senat sich bemüht sein müsse, daß ihm über einen außerordentlichen Professor kein Disziplinarrecht zustehe, habe er trotzdem das Urteil am schwarzen Brett als amtliche Bekanntmachung zum Aushang gebracht und zwar, obwohl der Kultusminister das Urteil alsbald aufgehoben habe. Der beklagte Senat habe sich der Ernennung Nikolais zum außerordentlichen Professor nicht widersetzt, obwohl ihm schon damals die jetzt Professor Nikolai vorgeworfenen Handlungen, die sich, wie gesagt, nicht auf den Vorfall mit Bier-Timpel, sondern ausschließlich auf die politische Haltung Nikolais während des Krieges beziehen, bekannt gewesen seien.

Der Verleibiger des Senats erhob gegen alles das, was eigentlich sonnenklar sein sollte, natürlich Einspruch und erklärte, daß der Senat lediglich nach bestem Wissen seine Pflicht erfüllt hat. Wozu nun noch die Frage zu stellen ist, was der Senat unter „Pflicht“ und unter „bestem Wissen“ versteht. Wir haben den Eindruck, als wenn der damalige Senat der Berliner Universität angereizt durch die reißende nationalistisch-reaktionäre Welle, seine Pflicht darin gesehen hat, einen dieser Richtung ungenehmen Mann zu bestrafen. Diese Pflicht hat er allerdings nach bestem Willen erfüllt, und bei diesem Kampf war ihm selbst Bier-Timpel ein willkommenes Bundesbruder.

Bei den Verleibungen bei der Reichsgetreidestelle handelt es sich nach den Mitteilungen der Direktion um Beruntreuungen bei einer privaten Wohlfahrtskasse der Angestellten, die der Betriebsrat eingerichtet hatte und mit der die Reichsgetreidestelle nichts zu tun hat. Die schuldigen Angestellten sind entlassen. Der Fehlbeitrag beträgt etwa 50 000 M. Zur Ermöglichung der Abwicklung der schwebenden Verbindlichkeiten hat die Reichsgetreidestelle den Vorstehenden des Betriebs- und Angestellten- und Arbeiterrats ein Darlehen von 20 000 M. zur Verfügung gestellt.

Austritt des serbischen Kabinetts. Wie aus Belgrad gemeldet wird, ist das Kabinett Wesnitch zurückgetreten.

Groß-Berlin

Biertimpel

Stürmische Szenen brachte gestern Abend wieder die Sitzung der Berliner Studentenvereinigung.

Die deutschnationalen Gruppen versuchten, über die Angelegenheit Bier-Timpel die Deffektivität auszuschließen, was jedoch an dem Widerstand der Sozialdemokraten und der Kommunisten scheiterte.

Es stellte sich heraus, daß Bier-Timpel allein Beiträge in der Höhe von 40 000 M. (nicht wie ursprünglich angenommen, 15 000 M.) unterschlagen hat und das im Verlauf von mehr als 1 1/2 Jahren. Aber damit nicht genug, wie von seinen eigenen Freunden zugegeben wurde, hat der Deutschnationale Studentenführer schwere Urkundenfälschungen begangen, Dugende von Leistungen gefälscht usw.

Obwohl das alles feststeht, läuft Herr Friedrich Wilhelm Bier-Timpel nach wie vor frei an der Unversität herum. Die Staatsanwaltschaft ist, obwohl ihr der Fall seit Wochen bekannt ist, noch nicht eingetreten.

Interessant ist übrigens, daß Bier-Timpel auch Geldbeiträge an die „Arbeitsstelle Berliner Studenten“ verschoben hat, die bekanntlich als Spitzelzentrale der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade gebildet hat.

Verwaltungsbereich 1 (Mitte). Sonnabend, 6 1/2 Uhr, punktlich. Sophiensäule, Steinstraße 31, Versammlung aller kommunalen Obleute und Kommissionsmitglieder, Stadt- und Bezirksverordnete. Hierzu gehören 1. Distrikt (1 bis 20, 23, 24), Distrikt 5 (129 bis 144), Distrikt 6 (145 bis 148, 152, 153, 106 bis 198, 200 bis 201), Distrikt 10 (202 bis 210, 213 bis 224, 226 bis 236), Distrikt 11 (211 bis 217, 255 bis 258, 267 bis 272, 278 bis 282), Distrikt 16 (273 bis 275).

Mißgünstiger Raubanschlag in Pantow. In der Stubnitzstraße 55 zu Pantow betreibt die Witwe Bauer eine Dorfhandlung. Zu ihr kam gestern ein ihr unbekannter Mann in den Laden und verlangte eine bestimmte Sorte Äpfel und zwar solche, die in einem Korbe lagen, der hinter anderen Körben stand. Der Kunde wies auf die betreffende Äpfelart und die Dorfhandlerin mußte, um die Äpfel aus dem bezeichneten Korbe zu nehmen, sich weit nach vorn überbeugen. Als sie sich in dieser Lage befand, wurde sie plötzlich am Halse gepackt und ihr eine Männerfaust in den Hals gestochen. Der Täter war ein zweiter Mann, der an der Türe stand und, ohne daß sie etwas gemerkt hatte, ebenfalls in den Laden getreten. Die Ueberfallene setzte sich jedoch tapfer zur Wehr und bis dem Manne auch

In die Hand. Weil diesem das sehr schmerzte, zog er die Hand wieder heraus und steckte der Frau einen Knebel in den Mund und verhielt sich am Schreien. Unterdessen war der erste Kunde, der die Kapsel verlangte hatte, an den Ladentisch getreten und hatte die Ladentasse, die ungefähr 400 Mark bares Geld enthielt, geplündert. Beide Männer ergriffen sodann mit dem Gelde die Flucht. Den Nachforschungen der Kriminalpolizei gelang es, einen der Täter bald ausfindig zu machen. Es ist dies ein Hausgenosse der Ueberfallenen, ein 24 Jahre alter Arbeiter Otto Lehmann, der geständig ist, mit einem Spießgesellen den Raubüberfall verübt zu haben. Diesen will er jedoch nicht kennen, ihn vielmehr, nachdem er den Plan gefasst, die Frau zu überfallen und zu berauben, als Helfershelfer in dem Wartesaal 4. Klasse des Stettiner Bahnhofes gewonnen haben.

Eine Weihnachtsfeier für Kinder veranstalten die Bildungskommissionen Charlottenburg und 14. und 15. Distrikt am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Aula Guerickestraße 32 in Charlottenburg. Der Künstler Rudolf Lange liest Märchen, die durch Lichtbilder des Gen. Rudner begleitet werden. Henriette Weinberg singt Kinderlieder und Johanna Beuter stellt sich durch Kinderporträts ebenfalls zur Verfügung. Eintritt für Kinder 50 Pf., Erwachsene 1 Mk. Kinder Arbeitslofer erhalten freien Eintritt.

Köpenick. Ein Märchen-Nachmittag und Märchen-Abend findet am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, für Kinder, abends 8 Uhr für Erwachsene in der Aula der Dorotheenschule statt. Zwei uns wohlbekannte Künstler, Hans Rothe und Maria Hünten vom Schauspielhaus München, sowie eine Gruppe Wandervogel, haben ihre Mitwirkung zugesagt. Das Programm enthält Märchen, Legenden, altdeutsche Weihnachts- und Kinderlieder, Erzähltes und Deutliches in bunter Folge. Der Eintritt beträgt nachmittags 1,25 Mk. und abends 2,50 Mk. und 3,50 Mk. Karten bei Schön und an der Kasse. Wir empfehlen den Besuch der Veranstaltung.

Für die Kinderbuchkommission zur Weihnachtsbescherung für die Kinder der Arbeitslosen gingen folgende Beträge ein: 420,50 Mark von dem Personal der Frä. Graumann u. Stern, Rohrenstraße 35/37, 412,50 Mk. vom kaufmännischen Personal des Kaufhauses des Westens, 11 W. ungenannt, 41 Mk. durch Frau Döhl, Förster Str. 44, 600 Mk. von Herrn Alexander Wurm, 1000 Mk. durch Bilderges für den 5. Verwaltungsbezirk, 5000 Mk. durch Frau Stadträtin Wenl. Demming.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag, den 18. Dezember, etwas aufklärend, aber noch überwiegend trübe mit geringeren Schneefällen und ziemlich frischen, östlichen bis südöstlichen Winden mit gelindem Frost.

Gewerkschaftliches

Zum Kapitel „Technische Nothilfe“

Anlässlich der Interpellation über die Technische Nothilfe im Reichstag dürfte es für die Allgemeinheit von einigem Interesse sein, zu erfahren, aus welchen Mitteln die Technische Nothilfe die Reisen ihres Betreibers, des Referenten Herrn Dr. Lorenz und eines anderen Herren, nach Norwegen bestreitet. Sollten diese Reisen auch aus dem Etat der Technischen Nothilfe bestreitet werden? Nach uns gewordenen Mitteilungen sollen die Unkosten nicht weniger als 90.000 betragen haben. Es ist der Reichsregierung bekannt, daß diese Reisen zu dem Zweck unternommen wurden, um auch für die Norwegischen Länder eine Organisation wie die der Technischen Nothilfe zu schaffen.

Es ist der Reichsregierung ferner bekannt, daß die Technische Nothilfe in nächster Zeit einige Vertreter nach der Schweiz zu entsenden beabsichtigt, um auch dort mit Vertretern anderer Länder die Gründung einer ähnlichen Einrichtung in die Wege zu leiten? Ist die Reichsregierung ferner in der Lage, nachzuprüfen, ob durch den Leiter der Technischen Nothilfe auch dem englischen Gesandten ähnliche Vorschläge unterbreitet worden sind? Die Steuerzahler haben das größte Interesse daran, zu erfahren, ob Gelder der Allgemeinheit wirklich dazu da sind, Gründungen ähnlicher Organisationen für das Ausland in die Wege zu leiten.

Neufestsetzung des ortsüblichen Tagelohns für Groß-Berlin. Auf Grund der §§ 149 bis 151 der Reichsversicherungsordnung hat den Ortslohn — ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner — für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin (Gesetz vom 27. April 1920, Preuß. Gesetz-Samml. S. 123) wie folgt festgesetzt:

Für männliche Personen			Für weibliche Personen		
über	von	von	über	von	von
21 Jahre	16-21 J.	14-16 J.	21 Jahre	16-21 J.	14-16 J.
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
18.—	12.50	7.50	12.—	9.50	5.75

Diese durch das Oberversicherungsamt Berlin erfolgte Festsetzung tritt am 1. März 1921 in Kraft. Diese Neufestsetzung war dringend nötig, wie sie für die Sozialisierung von Wichtigkeit ist.

Buchdrucker! Ein heillosen Akt politischer Vergewaltigung war der Verlauf der letzten Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Die überaus schwach besuchte Versammlung machte mit Unterstützung der Versammlungsleitung jede Kritik der Disziplinärener schon beim Situationsbericht durch Niederbrüllen unmöglich. So ging es in unermüdlicher Art weiter. In diktorischer Weise handhabte der Vorsitzende Masini die Geschäftsordnung. Ein Antrag, eine Generaldebatte zur Vorstandswahl zuzulassen, wurde von der eingeschworbenen S. P. D.-Anhängerschaft abgelehnt. Ohne ein Wort der Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes im letzten Jahre ging man zur Vorstandswahl über. Trotz statutarischer Zulässigkeit der Urwahl, welche in den letzten und früheren Jahren immer zur Anwendung kam, lehnte man den Antrag auf Urwahl ab. Solche Art „positiver Mitarbeit“ konnte die Opposition nicht mitmachen und verzicht den Saal, da sie eine detaillierte Rechenschaftslegung der Mitgliedschaft Berlins nicht hätte verantworten können. Der nunmehr verbliebene Teil der S. P. D.-Anhängerschaft (etwa 200) brachte es fertig, den Vorstand per Affirmation zu wählen und so das Wahlrecht von 13.000 Mitgliedern mit Füßen zu treten. Wenn je ein Vorgang im Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer geeignet ist, den Mitgliedern das Gewaltregiment des Gewerkschafts zum Bewußtsein zu bringen, so ist es dieser. Kollegen! Proletiert in allen Betrieben gegen diese Schmach und rafft Euch auf, um diesen Zuständen in unserer Organisation ein Ende zu machen.

Otto Fiebler R. W. Schmidt

Achtung! Buchbinder, Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Am Sonntag, den 18. 12. 20, findet die Urabstimmung betr. Beitragserhöhung statt. Die Wahl ist von mittags 12 bis 5 Uhr nachmittags in den üblichen Lokalen, welche im Mitteilungsblatt der Buchbinder Berlin enthalten sind. Es ist zu beachten, daß die Buchbinderzeitung beigelegten roten Stimmzettel mitgebracht werden müssen, desgleichen auch die Mitgliedsbücher, welche zwecks Kontrolle gestempelt werden. Die auf dem Abstimmungsstempel vorgeschriebenen Angaben über Namen und Mitgliedsbuch des Abstimmenden sind für Berlin nicht notwendig. Der Stimmzettel ist also nur mit Ja oder Nein zu beantworten. Wir ersuchen alle Mitglieder, von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch zu machen und ihre Stimme für oder gegen die Beitragserhöhung in die Waagschale zu werfen. Am Freitag, den 17. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 1, eine kombinierte Vertrauensmännerziehung statt, zu welcher die Vertrauensleute aller Branchen und Betriebe unbedingt erscheinen müssen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Steinseher. Am Sonntag, den 19. 12. 20, vormittags 9 1/2 Uhr, findet eine Generalversammlung der Filiale Berlin in der „Harmonie“, Brunnenstraße 1, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem auch die Neuwahl des Filialvorstandes. Es haben nur Gewerkschaftsmitglieder des Verbandes der Steinseher und Berufsangehörigen gegen Vorzeigung des Verbandsbuches Zutritt. Otto Fiebler, 2. Vorsitzender.

Verbindlich erklärter Angestellten-Tarif. Der Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten der Kunst-, Galanterie- und Spielwarenbranche vom 20. September 1920 ist vom Reichsarbeitsministerium für das Gebiet der Einzelgemeinde Berlin mit dem 1. August 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden. Gedruckte Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliancestraße 7-10, erhältlich.

Der Streik bei dem Nachwach-Institut „Nord-West“ erfolgreich beendet. Nach mehr als 6-wöchiger Dauer ist der Streik der Wächter bei der Nachwachsgesellschaft „Nord-West“ durch Anerkennung des Tarifvertrages beendet worden. Der Wachdienst wurde am 16. Dezember wieder aufgenommen. Die Forderungen der Wachangestellten sind nunmehr von 15 Gesellschaften mit 1995 Beschäftigten anerkannt. Im Streik befinden sich noch die Wächter der Wirtschaftsgenossenschaft Neuföhler Grundbesitzer, welche sich bereits in der achten Woche im Auslande befinden. Zur Beilegung des Streiks ist auf Grund des § 21 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 von Amtswegen eingegriffen und wurde die Gesellschaft zur Anerkennung des Tarifvertrages und zur Fortleitung des Wachbetriebes verurteilt. Diesen Spruch hat die Gesellschaft bis zur Stunde nicht anerkannt. Von Seiten der Organisation ist beim Demobilisationskommissar beantragt worden, den Spruch verbindlich zu erklären.

Arbeitslose Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Ortsgruppe Groß-Berlin! Am Montag, den 20. Dez. 1920, nachmittags von 2-5 Uhr, im Jugendheim, Adalbertstraße 67, Auszahlung einer Weihnachtsunterstützung an alle arbeitslosen Kollegen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, welche sich arbeitslos und zur Kontrolle aus dem Verbandsbureau gemeldet haben. Es wird gebeten, die arbeitslosen Mitglieder des D. E. V. darauf hinzuweisen. Die Ortsverwaltung des D. E. V.

Aus den Organisationen

- 1. Mittl. B. Abteilung. Die gemeldeten Arbeitslosen der Abteilung erhalten Sonntagabend 8 Uhr im Lokal von Peiser, Curtstr. 11, ihre Weihnachtsunterstützung. Ausnahmepapiere mitbringen.
- 2. Distrikt. Bildungskommission. Wir weisen nochmals auf unsere Weihnachtsveranstaltung im Verein Kolo-Theater hin und gebeten sämtliche Genossen in regen Mitleid der besten Sorge tragen zu wollen. Karten sind bei allen Partnern neben Herrn Kollerer, Galles, Barnimstr. 20, zu haben.
- 14. Distrikt. Wie nicht verkauften Programme zur Weihnachtsbescherung sollte bis morgen, Sonntag, abends 8 Uhr, bei Barjaken, Burgstraße 13, abgegeben werden. Die bis dahin nicht abgegebenen Programme gelten als verkauft. Ergeben Sie sich dem. Freitag abends 7 Uhr, Fälligkeit der Liquidationskommission bei Reiter, Kiehlstr. 23.

Vereinskalender

- Freie Jsg. Arbeiterjugend Neuföhle. Sonntag, den 18. Dezember, Winter-sonnenende. Treffpunkt 7 Uhr, Bahnhof Neuföhle. Für die Mitwirkenden zur Weihnachtsfeier und Mitglieder des Chors um 4 1/2 Uhr Leitung im Lokal Dorotheenstraße 5.
- Tanzabend „Nacht“. Desinteressierten Lerner sämtlicher Bekleidungsabteilungen in der Turnhalle Tringstr. 70 am Sonntag, den 19. Dezember, in der Zeit von 12-14 Uhr.
- Freie Arbeiterjugend Neuföhle (Verband sozial. Arbeiter). Geschäftsstunde Sonntag 7 Uhr, Rathaus, Zimmer 109. Einmalige Einschulung, Schulungsmitteln, Beiträge.

Lebensmittelkalender

Berlin. Es entfallen an den Wochentagen 78 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 25 Gr. Lebensmittel (aus welchem Betrag) von 4 Mk. (4 Mk. je Pfund). Die Lebensmittelkarte ist zum Freitag, den 17. bis Montag, den 20. Dezember bei den Lebensmittelkartenabteilungen abzugeben.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kopsch, Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Kometzner, Berlin. Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“, Friedrichstr. 6, m. H. 4. Berlin C 9. Preis 20 Pf. 90.

Der kleine Hans an seinen Freund Peter!

Hier Peter! Ich bin zu Weihnachten das Buch „Ueber See und Heide“ von Paul John bekommen! Mein Mutti hat es gekauft. Ich habe es gefunden. Ich habe dich gelesen. Es sind viele schöne Bilder drin. Manchmal habe ich beim Lesen gelacht, manchmal habe ich gemeint: Aber wo ist mein Vater, da war es nicht schön. Da ist mein Vater gekommen. Ich habe es nicht gemerkt. Da hat er mir das Buch fortgenommen und hat gesagt: „Mensch ins Bett!“ Da hat es mein Vater gelesen. Er hat geacht, ich sah es nicht. Er hat es ganz ausgelesen, ehe er ins Bett ging. Mutti hat gesagt: „Das ist so schön!“ An anderen Tagen war es fast. Ich kann es nicht mehr finden. Wenn dich die Weihnachtsfeier, damit ich alles lesen kann. Sage es auch Fritz Müller aus Deiner Klasse. Dein Freund Hans.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloßer **Paul Döhnert** Charlottenburg, Spreestraße 12, am 15. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 20. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Louise-Kirchhofes, Friedrichsauer Weg, aus statt. Nege Beteiligung wird erwartet. Ihre feinen Gedanken! Die Ortsverwaltung.

Freiheit-Leser

erhalten als Weihnachtspräsent den **Ledebour-Prozess** statt 36 Mk. für 25 Mk.

Die politische und juristische Bedeutung des Ledebourprozesses stempelt das Werk zu einem zeitgeschichtlichen Dokument, in welchem die Konterrevolution, in besonderer auch die Klassenjustiz, erbarmungslos bis zu dem Pranger gestellt wird. Das Werk ist dem mit Interesse und inuiger Anteilnahme an dem Verlauf der Revolution folgenden Arbeiter eine Quelle der Belehrung. Es sollte niemand, der die Möglichkeit besitzt, seine Anschaffung unterlassen, insbesondere sollte das Werk in keiner Bibliothek fehlen.

Bestellungen unter Beifügung der Abonnementsquittung oder dieses Inserats sind bis 20. Dezember zu richten an die

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C2 • Breite Straße 8-9

Sozialistische Literatur

Schöne Literatur

Geschenk-Werke

Klassiker

Jugend-Schriften

Bilder-Bücher

Kauf man am besten u. billigsten in der **Buchhandlung Freiheit** Berlin C2, Breite Str. 8-9

Bücher-Ausstellung

Geöffnet bis 7 Uhr abends

Verband auch nach auswärts

Tiermarkt Geflügelmarkt, Friedrichsauer Weg, 11

Kleine Anzeigen

Das Niederschriftswort 2.-Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgeld: Niederschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.-Mk.

Verkäufe

Cardinen. 18. Dezember, den 7. Dezember bis Heiligabend findet im Spiegeltheater für Gelegenheitskäufe Herrig, Dresden Str. 124, 1. Etage, Kottbuser Tor, ein großer Weihnachtsverkauf statt. Täglich von 9-7 Uhr, gelangen alle Sorten Weihnachtsartikel zum billigen Verkauf. Hauptstück ist das große, kunstvoll gearbeitete, kleine Buch, das als Geschenk geeignet ist. Es enthält alle die schönsten Weihnachtslieder, die in der Weihnachtzeit gesungen werden. Einmalig billig! Nur 1.50 Mk. an. Mit dem Kauf eines Buches erhält man ein Weihnachtsgeschenk, außerdem wird das Buchgeld nachher für Weihnachtsgüter verbucht.

Wäsche. 18. Dezember, den 7. Dezember bis Heiligabend, 1. Etage, Kottbuser Tor, ein großer Weihnachtsverkauf statt. Täglich von 9-7 Uhr, gelangen alle Sorten Weihnachtsartikel zum billigen Verkauf. Hauptstück ist das große, kunstvoll gearbeitete, kleine Buch, das als Geschenk geeignet ist. Es enthält alle die schönsten Weihnachtslieder, die in der Weihnachtzeit gesungen werden. Einmalig billig! Nur 1.50 Mk. an. Mit dem Kauf eines Buches erhält man ein Weihnachtsgeschenk, außerdem wird das Buchgeld nachher für Weihnachtsgüter verbucht.

Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung

Breite Straße 8-9. / Den ganzen Tag geöffnet. / Verkauf bis 7 Uhr abends.